

Rassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Hietejahr 6.45 Mk. mit Fringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.
Einzelnnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Fortsetzung 50 Pf.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pf.
Die Reklamezeile 200 Pf.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanhluß Nr. 24.

Nr. 74.

Druck und Verlag:
Buchdr. Geim. Müller, Nassau (Sohn).

Donnerstag, 1. Juli 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Sohn).

43. Jahrg.

Handelsrückblick.

(Von unserem Handelsmitarbeiter.)

Alles, was in der letzten Woche über Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage bekannt geworden ist, hat den betrübenden Eindruck verstärkt, daß nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft, nach wie vor, höchst dunkel und bedenklich ist. Erst in diesen Tagen hat der Reichsfinanzminister Hirth auf seine Veranlassung angenommen, auf das geradezu unheimliche Wachstum der Milliarden-Defizitwirtschaft hinzuweisen: allein im ordentlichen Budget 1920 der Reichseisenbahnen werden wir einen Fehlbetrag von nicht weniger als 15 Milliarden haben und hierzu kommt noch der Fehlbetrag der Post. Außerdem kündigt er auf Grund des Umbaus der Reichsbeförderung und der gewaltigen Lohnforderungen der Organisationen neue große „Zuwächse“ in den Fehlbeträgen an. Und das bei der Mangelhaftigkeit und Kürzlichkeit, die seit Ausbruch der Revolution Eisenbahn und Post im schärfsten Gegensatz zu ihrer früheren, hervorragenden Leistungsfähigkeit und ihrer Ueberschüsse geradezu zum Leistungshindernis gemacht haben! In der Tat, eine höchst zweifelhafte Erbschaft, die die neuen Minister antreten sollen. Hoffentlich gelingt es ihnen, mit anderen Mitteln als Tarifserhöhungen und maßlose Steigerung der Ausgaben, dieser Mißwirtschaft endlich den Garaus zu machen.

Inzwischen setzen die ehemaligen feindlichen Großbanken in Form von Konferenzen ihren Feldzug gegen das verarmte, und schon von seinen eigenen Leuten in unverantwortlicher Weise ausgepumpte Deutschland fort. Auf der Konferenz von Spähe folgte Boulogne und Paris und Spa stehen noch bevor; überall walzt der Geist von Versailles. Gleichgültig, ob 100 oder 150 Milliarden Goldmark, b. h. 1000 oder 1250 Milliarden Papiermark, gefordert werden. Beides sind Summen, die wir unter gar keinen Umständen aufzubringen vermögen und die das Todesurteil über unsere wirtschaftliche Existenz bedeuten würden. Selbst die gigantischen Zahlen der nunmehr sämtlich vorliegenden Jahresabschlüsse der Berliner Großbanken für 1919 können über die traurige Tatsache des großen deutschen Finanzelends nicht hinwegtäuschen. Es ist eine sonderbare, aber nach Lage der Dinge nicht verwunderliche Erscheinung, daß die Banken in einer Verleumdungsjahre, wirtschaftlicher Entwicklung beispiellose Riesengewinne erzielt haben. Während die Bilanzsumme der acht Berliner Riesebanken Ende 1918 22,8 Milliarden betrug, hat sie sich Ende 1919 auf 43,8 Milliarden erhöht, also nahezu verdoppelt. Auch der Bruttogewinn hat hauptsächlich durch Valuta- und Zinsgewinne durchweg annähernd eine noch größere Steigerung erfahren, der allerdings eine ebenfalls ganz gewaltige Zunahme der Unkosten von 225 auf 434 Millionen Mark hauptsächlich infolge der Erhöhung der Gehälter gegenüber steht. Die Zunahme des Reingewinnes gegenüber dem Vorjahre berechnet sich auf 58 Prozent. Mit Ausnahme der Deutschen Bank, die der vorjährigen Dividenden bei behalten hat, haben alle Banken ihre Dividenden um 1 bis 2 Prozent erhöht; es errechnet sich für die acht Berliner Großbanken eine Durchschnittszahl von 9,6 Prozent gegen 8,9 Prozent für 1918. Die Bilanzen stehen in ihren wichtigsten Posten im Reiche der fürchterlichsten Inflation. Bei weitem das größte Aktivum bilden die Wechselbestände mit insgesamt 21 Milliarden Mark, die vornehmlich Schatzwechsel des Reiches enthalten; auf den Schultern dieser acht Banken ruht also ein erheblicher Teil der gewaltigen schwebenden Schulden des Reiches, mit dessen Wohl und Wehe die Banken demnach stehen und fallen. Denn auch von den Latwien auf 6798 Millionen — das ist das dreieinhalbfache des Eigenkapitals der Banken — angewachsenen Kassenvermögens der Banken entfällt bei manchen Banken fast die Hälfte auf das Reich. Ende 1916 betrugen diese Kassenvermögen noch 1731 Millionen und Ende 1919 sogar 480 Millionen. Und die fremden Gelder sind seit Ende 1918 von 18 731 Millionen auf 39 333 Millionen angewachsen, während sie vor vier Jahren noch nicht ganz 8000 Millionen betragen hatten. Das Eigenkapital (Markkapital und sichtbare Rücklagen) der Banken bezifferte sich Ende 1919 auf 1897 Millionen Mark, bleibt also ganz erheblich hinter der Reifensumme der Gläubiger zurück; drei Banken sind denn auch im laufenden Jahre bereits zur Erhöhung des Aktienkapitals geschritten.

Was die weitere Entwicklung der Dinge bringen wird, ist und bleibt ein großes Fragezeichen, das auch der Börsen immer wieder große Zurückhaltung auferlegt und auch die Stimmung beeinträchtigt. Bemerkenswert ist, daß der Markkurs im Auslande weiter nach oben tendiert.

Soziales.

Angestelltenversicherung. Das seit längerer Zeit erwartete Gesetz über die weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung ist nunmehr erschienen. Die hauptsächlichsten interessierenden Bestimmungen sind folgende: Die Grenze des für die Versicherungsbeiträge maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes, die bisher 7000 Mark betragen hat, ist mit Wirkung v. 1. Mai 1920 auf 15 000 Mark erhöht worden, übereinstimmend mit der für die Krankenversicherung festgesetzten Höchstgrenze. Da eine Veränderung in den Beitragsätzen nicht eintreten wird für alle Angestellten mit einem Jahres-

arbeitseinkommen von mehr als 5000 bis einschließlich 15 000 vom 1. Mai 1920 ab Beiträge in Gehaltsklasse I (26,60 Pct. monatlich) zu entrichten. Freiwillig Versicherte, die nicht wieder versicherungspflichtig werden, weil ihr Jahreseinkommen 15 000 Mark übersteigt, können die freiwillige Versicherung in der Gehaltsklasse I fortsetzen. Angestellte, die bisher überhaupt nicht versichert oder infolge Erhöhung ihres Jahresarbeitsverdienstes jetzt versicherungspflichtig werden, können auf Antrag von der eigenen Beitragsleistung (also von der Zahlung ihres Beitragsanteils) befreit werden, wenn für sie bis einschließlich zum 30. Juni 1920 bei öffentlichen oder privaten Lebensversicherungsunternehmen der Abschluß eines Versicherungsvertrages beantragt worden ist und der Jahresbeitrag der Beiträge für diese Versicherung am Tage des Befreiungsantrages mindestens ihren Anteil an dem Beitrag der Gehaltsklasse I gleichkommt. Der Antrag auf Befreiung muß bis zum 1. September 1920 bei der zuständigen Angelegenheit gestellt sein. Der Versicherungschein und die Prämienquittungen sind vorzulegen. Die Befreiung wird in der Aufnahme- und Versicherungsart beschränkt. Einzelnen Angestellten, die jetzt wieder versicherungspflichtig werden, kann von der Reichsversicherungsanstalt in den ersten drei Jahren nach dem 1. Mai 1920 gestattet werden, die im Gesetz für die Erlangung der Versicherungsleistungen vorgeschriebene Wartezeit durch Einzahlung einer Prämienreserve abzukürzen. Nähere Auskunft hierüber erteilt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf. Angestellte, die am 1. Mai 1920 das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben und denen die Abkürzung der Wartezeit von der Reichsversicherungsanstalt nicht gestattet wird oder aus einem anderen Grunde unmöglich ist, können auf Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden.

Die Millionen der Provinzialfleischstelle.

Man schreibt der „Rhein. Westf. Zeitung“:
Die Bevölkerung der großen Städte erhält seit langem schon kein frisches Fleisch zugute, höchstens zu Feiertagen kommen 100 oder 150 Tonne zur Ausgabe. Dabei klagen die Landwirte, daß die Preise, die ihnen für Schlachtvieh gezahlt werden, ganz ungenügend sind und daß sie bei der Neuanschaffung von Milchkuhen mehrere tausend Mark bei jedem Stück ausgeben müssen. Wo die Gelder eigentlich bleiben, die bei der öffentlichen Bewirtschaftung des Fleisches verdient werden, ist der Öffentlichkeit bisher unbekannt, ebenso unbekannt ist es, um welche Reichensummen es sich bei diesen Reichenverdiensten handelt. Nur ab und zu kann man irgend einer Nachricht entnehmen, daß es sich hierbei um Hunderte von Millionen handelt, um die das bürgerliche Fleisch, das die Reichfleischstelle für die Bevölkerung erwirtschaftet, versetzt wird. So hat jetzt die Provinzialfleischstelle der Rheinprovinz auf Anregung des Landwirtschaftsministers der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn eine Million gestiftet für wissenschaftliche Arbeiten und Versuche im Interesse des Wiederaufbaues der rheinischen Viehzucht und Viehhaltung. Natürlich wird niemand gegen diese Stiftung etwas einzuwenden haben, was die Öffentlichkeit verlangt ist nur, daß die Provinzialfleischstelle einmal offen darlegt, wie viele Millionen sie verdient hat und wie diese Millionen angelegt oder verteilt worden sind. Bei dieser Verteilung hätten sowohl die Landwirte, wie auch die Verbraucher irgend welche Wünsche zu äußern. Denn diese Gewinne sind nicht auf irgend welche laienmännliche Tätigkeit oder Intelligenz zurückzuführen, sie sind lediglich eine Folge der Zwangswirtschaft und darum gehören diese Gewinne der Allgemeinheit, die die Gewinne hat ausbringen müssen und was hier von der Provinzialfleischstelle gefagt wird, gilt genau so für die anderen Stellen, die sich mit der öffentlichen Bewirtschaftung unserer Lebensmittel befassen.

Die Stadt der Blinden.

Aus Bad Liebenstein schreibt man uns: Vor wenigen Jahren noch hatte das kleine Liebenstein den Ruf, ein Kurort zu sein, das heißt, ein Bad, in dem sich nur der hohe Adel zusammenfand und in dem jeder andere, jeder ohne Adel, eine eigenartige Erscheinung war. Es sei denn, er habe viel Geld und konnte sich großen Luxus leisten. Freilich Verschwendung wurde in Liebenstein nicht getrieben. Der Adel war dort unter sich und hatte seine Unterhaltungen, seine Feste in den Villen der Fürsten und Fürstinnen aus dem Thüringer Lande, die hier eine Sommerresidenz unterhielten. Das Bad gehörte zum größten Teil dem Grafen von Wiser, der als Augenarzt eine große Berühmtheit geworden ist und der so wenig Geldsüchtiger war, daß der Badebetrieb äußerst unrentabel wirtschaftete. Bis zum Kriege fanden sich nur wenige Augenkranken in Liebenstein ein. Man sah sie nur da und dort, meistens reiche Leute, die es als Handelsreisende, sondern sich von einem ärztlichen Augenarzt behandeln zu lassen. Die ärmeren Kranken hielten sich dem Badebetrieb fern. Mit der Zeit wuchs aber die Berühmtheit des Grafen. Die Zahl der Patienten nahm zu, so zu, daß sie überall in Erscheinung trat. Und die Folge war denn auch, daß der Adel sich nicht mehr allein sah und Liebenstein noch aus Gewohnheit besuchte, nur kurze Zeit dort lebte, im Winter fast gar nicht mehr kam, was früher stets der Fall gewesen war. Und so stand Liebenstein

am Wendepunkt. Graf Wiser verkaufte das Bad. Eine Gesellschaft, bei der er freilich Hauptaktionär blieb, übernahm den Betrieb, und mit Beginn des Krieges erhielt das Bad plötzlich ein anderes Gesicht. Nun fanden sich alljährlich nicht nur Adlige ein, sondern auch Reichgewordene, die im Glanze von Liebenstein sich sonnen wollten. Meistens aber waren es Augenpatienten, die durch den Ruf des Augen-Grafen angezogen, im stillen Liebenstein Behandlung suchten. Ihre Zahl wuchs alljährlich. Sie bildeten heute in Liebenstein außer wenig bürgerlichen und noch weniger adeligen Kurgästen, die nicht wegen des Brunnens, sondern hauptsächlich wegen der schönen landwirtschaftlichen Lage und der stabilen Liebenstein ausführen, das größere Kontingent. In der jetzigen Saison kann man wohl jeden dritten Kurgast, der Liebenstein besucht, für einen Augenkranken halten. Das beweisen meistens schon die charakteristischen großen Brillen mit den Hornverglasungen. Aber auch die zahllosen Blinden, die mit oder ohne Führer die Wege entlang tasten, zeugen von der Wandelung des Bades.

Liebenstein ist die Stadt der Blinden geworden. Graf Wiser hat viele Widernissen unter den Ärzten gehabt. Er hat sich und seine Arbeit verteidigen müssen. Darnach fragt der Blinde aber nicht. Der Ruf, den sich der Augen-Graf erworben hat, wurzelt heute schon im Volke. Ich habe keinen Liebensteiner gesprochen, der den Grafen nicht verehrt. „Wissen Sie nicht, der Graf hat doch schon viele in Liebenstein wieder sehend gemacht.“ Er war erstaunt, daß ich daren zweifelte, und erzählte, daß ein Mädchen im elften Lebensjahre das Augenlicht verlor, mit zwanzig Jahren wieder die Sonne schaute und heute (zwar mit Brille) aber doch mit sehenden Augen umherginge. Der Graf behandelt seine Liebensteiner kostenlos. Diese Fälle, und sein Menschenmitleid sprachen sich herum. Und aus ganz Deutschland kommen heute die Augenkranken, die Blinden, die ihre letzte Hoffnung auf den Grafen setzen. Sie glauben (importiert durch seine ruhige, gründliche Art und Behandlung) an ihn, glauben alle, wenn er sie in Behandlung genommen hat, daß sie wieder einmal ihr Augenlicht finden werden. Gewiß gibt es auch Enttäuschungen.

Viel Jammer wandert, wohnt dort, wo vor nicht langer Zeit, Lurus herrschte. Die Stadt der Blinden ist sein Erholungsort, sein Vergnügungsort für Ruhebegrüßte, Vergnügungssüchtige, Abwechslung suchende Leute, sondern die Sehnsucht aller Augenkranken, vieler Blinden geworden, die irgendwann und irgendwann von dem Ruf des Augen-Grafen vernommen haben. Auf den blinden Gesichtern, die einem in Liebenstein überall, wo man geht und steht, leblos zugerichtet sind, wohnt aber ein Schimmer der Hoffnung, jeder Blinde sagt dem Frager: „Ja, der Graf hat Hoffnung, dann und dann werde ich wieder sehen können.“ Es gibt nicht viele, die hoffnungslos vom Grafen wieder entlassen sind. Wie man auch in Aerztekreisen über den Grafen Wiser denken mag, wie man ihn auch befehdet, das eine steht fest: über seine Tätigkeit waltet ein Glückstern, er hat viel Segen gesendet, viel Freude gemacht. Und wenn Liebenstein von einem Kurort zu einer Stadt der Blinden geworden ist, so braucht man das nicht bedauern. Hier im reizenden Thüringer, fern vom Weltleben werden der Menschheit größere Güter gegeben, als in anderen Badeorten von Ruf und mit einer gewaltigen Behinderung.

Kleine Chronik.

Poden. Im Vinzenzhospital in Duisburg sind zehn Personen an P o d e n erkrankt, so daß die Gesamtzahl der seit den Märzunruhen gemeldeten Podenfälle auf 60 angewachsen ist. Auch aus Obermeiderich werden drei Podenerkrankungen gemeldet. Man vermutet, daß die Seuche durch polnische und russische Mitglieder der früheren Roten Armee eingeschleppt ist.

Der „Eugen“ der Kartoffel. Aus Hallenstein schreibt man uns: Ich bin schon von jeder Steptiler gewesen. Wenn ich als Schulbub immer die Geschichten von der großen Wohlthätigkeit in der notleidenden Menschheit lesen mußte, dann habe ich, das weiß ich noch heute, immer ein wenig nach dem Lehrer geschaut, schauend, ob er selbst denn wohl das alles glaubte. Und als ich dann größer wurde und den Goethe und den Schiller kennen lernte, da war es besonders der „Ring des Polstrates“, der meinen Steptimismus an dem, was die Dichter und Geschichtenerzähler niederlegten, aufs Neue verfestigte. Dieser Tage aber habe ich gerade ihn, der uns das herrliche Gedicht vom Ring des Polstrates hinterlassen hat, im stillen Abbitte leisten müssen. Denn wenigstens so etwas Rebnisches, hat sich kürzlich in unserer Städtchen ereignet. War — der Ring war nicht als Opfer in die Fluten getrieben, sondern verloren worden und es war auch kein Fischmagen, in dem man ihn entdeckte. Er war vor einem Jahre auf bislang ungeklärte Weise verschwunden und seitdem nicht wieder in Erscheinung getreten. Jetzt war nach so langer Zeit, gefiel es ihm, sich wieder zu zeigen und fand ihn der Onkel der Verliererin — beim Durchschneiden einer Kartoffel. Es ist wohl anzunehmen, daß er auf dem Felde, vielleicht auch auf dem Hofe, verloren gegangen und dann mit eingepflügt worden ist, um so nach langer Zeit seine fremde Auferstehung zu feiern.

Deutscher Reichstag.

Das Regierungsprogramm.

Berlin, 28. Juni.

Reichskanzler Fechenbach gab in der heutigen Sitzung des Reichstages folgende Erklärung der Regierung ab:

Der ersten Verantwortung, die wir dem deutschen Volk gegenüber auf uns nehmen, sind wir uns vollkommen bewusst. Die Schwere der uns erwartenden Aufgaben entspricht den außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei der Bildung dieses Kabinetts überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß das hohe Haus von dem gleichen Verantwortungsgefühl befeuert ist, das ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Nachdem dann der Kanzler der alten Regierung unter großem Beifall des ganzen Hauses den herzlichsten Dank des deutschen Volkes ausgesprochen hatte, fuhr er fort:

Das Programm der neuen Regierung, das ich Ihnen nunmehr unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Höchst erfreulichweise ist dabei eine vollkommene Übereinstimmung sämtlicher Mitglieder des Kabinetts zutage getreten. Die Konferenz von Spa steht nunmehr unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst einige Worte zu sagen über die auswärtige Politik.

Alle unsere Beziehungen zum Auslande stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die dem deutschen Volk durch diesen auferlegt sind, sind unermesslich groß und in ihrer vollen Schwere kaum richtig zu erkennen. Nachdem Deutschland den Vertrag angenommen hatte, konnte die Regierung, solange sich die bisherigen Feinde nicht zu einer Änderung des Vertrages herbeiließen, keine anderen Richtlinien in der auswärtigen Politik aufstellen, als diejenigen, die ein gegenseitiges Verpfändungen vollauf zu erfüllen, so weit dies in ihrer Macht lag, besonders in der Herabsetzung der Heeresstärke, den sonstigen Abrüstungsmaßnahmen und der Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der neuen Regierung ihre Zielumsetzung nicht beeinflusst. Wenn Verblendete und Unversöhnliche diesbezüglich und jenseits der deutschen Grenzen die deutschen Leistungen herabsetzen, so wird es die vornehmste Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hingegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut des Vertrages durchgeführt worden sind, so liegt das nicht in dem bösen Willen Deutschlands, sondern in den Verhältnissen, die stärker sind, als sein guter Wille. (Sehr richtig.) Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die vielen gegenseitigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaues zwischen den Beteiligten nunmehr mündlich besprochen werden sollen. Wir können dieser Besprechung aus sehr begreiflichen Gründen nicht vorzuziehen.

In der inneren Politik ist unsere vornehmste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, wird der unumstößliche feste Wille der Regierung sein. Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsmäßige Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten einer Klasse ab. (Unruhe bei den Unabhängigen. Beifall rechts.)

Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung (Unruhe und Juchzen bei den Unabhängigen.) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergeßlichkeit. Was uns jetzt vor allem nottut, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig welcher Parteirichtung. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reichs ausgetobt hat. Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß den Ländern im Rahmen des Reichsrechtes Freiheit der Entwicklung gewahrt und geschaffen werden soll. (Beifall.) Einer Überspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk beugen die feste unerschütterliche Zuversicht, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Lebhafte allgemeiner Beifall.) In ähnlichem Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Zwischenruf links: Fort mit der Reichswehr!) Handel und Verkehr, Gewerbe und jede Arbeit sind durch unausgesetzte Entwertung des Papiergeldes und die sich daraus natürlich ergebenden Lohnkämpfe auf das ernsteste gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln werden wir unser Volk vor dem Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren. Darum muß die Sanierung der Finanzen des Staates mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn sich die neueröffneten Einnahmequellen entsprechend den Beurteilungen entwickeln, werden an Steuern 24 Milliarden eingehen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuern ist die Last der Staatsschuld eine ganz bedeutende, denn Milliardenbeträge sind auch die Schulden infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaues und des Fehlbesatzes der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unseren Reformarbeiten auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Hilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die Wiederbelebung unserer Gütererzeugung gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Erzeugung, die mit allen Kräften unterstützt und gefördert werden muß. Unsere Ernährungslage ist nach wie vor sehr besorgniserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auch weiterhin auf größere Zufuhren aus dem Auslande angewiesen sein. Wollen wir die wirtschaftliche Wiedergesundung, so genügt es nicht, daß wir auf den bisherigen dürftigen Rationen stehen blei-

ben. Unser Bestreben muß daher in nächster Zeit darauf gerichtet sein, eine größtmögliche Steigerung unserer Zufuhren zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit muß ich den tiefsten Dank unseres Volkes den hochherzigen ausländischen Menschenfreunden ausdrücken, die täglich Tausenden von hungrigen deutschen Kindern Speise verpflegen. Das Merkmal unserer Ernährung ist die heimische Landwirtschaft. Der Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktionskräfte ist eine der ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Die neue Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Das im Interesse der Volksgemeinschaft beantragte Sozialisierungsgesetz, insbesondere die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, wird sofort durchgeführt werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung soll eine Steigerung der Produktion sein. Die Regierung begrüßt es lebhaft, daß gleichzeitig mit ihr der Reichswirtschaftsrat seine Arbeiten beginnt.

An der Durchführung der sozialen Reformen hat die neue Regierung fest. Eine Versicherungsreform in Anbetracht der heutigen Verhältnisse wird nötig sein. Die Regierung denkt dabei vor allem an eine Neuaufstellung der Lohnklassen und eine Neuverteilung der Beiträge entsprechend den erhöhten Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung bei Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage steht die Frage des landwirtschaftlichen Siedlungswesens und die Durchführung des Heimstättengesetzes. Im Anschluß an die große Reichsversorgung der Kriegsberechtigten soll auch die Entschädigung derer geordnet werden, die durch eine kriegerische Handlung irgend welchen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter befindet sich ebenfalls ein Gesetz in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist ebenfalls in Vorbereitung. Wir hoffen zuversichtlich, mit dem Ausbau der Arbeitervertretungen eine neue wichtige Etappe zurückzulegen auf dem Wege zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung und Wiederaufrichtung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern für sie und mit ihr zu regieren. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen eine Regierung der Versöhnung des Ausgleichs der Gegensätze sein und richten an das deutsche Volk den Aufruf, alle verfügbaren Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes anzuspornen. Uns hat nur das Bewußtsein unserer Pflicht gegenüber unserem Volk und unserem Vaterlande an diese Stelle gesetzt.

Der Kanzler schließt: In einer Zeit der Not und folgenreichsten Entscheidungen treten wir vor den Deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen unter Zurechtstellung aller parteipolitischen Interessen zugunsten des großen Ganzen. (Lebhafte langanhaltender Beifall.) Nach der Erledigung verschiedener Interpellationen und der Verlesung des Notetats an den Reichshaushaltsausschuß verläßt sich das Haus auf nachmittags 3 Uhr.

Zu Anfang der Nachmittagsitzung ist das Haus lebendiger als am Vormittag. Als erster Redner in der Aussprache kommt für die Reichssozialisten der Abgeordnete Scheidemann zum Wort. Die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Kabinettsprogramm Fechenbachs kommt schon in seinen Eingangsworten zum Ausdruck: Man wartet ab und will nicht nach Worten, sondern nach dem Handeln urteilen. Dennoch sagt Scheidemann dem neuen Kabinettsmanne manches Verbindliche um sich dann umso schärfer gegen die U. S. P. zu wenden, der er wegen ihrer Nichtbeteiligung bei der Regierungsbildung ein Ständeregiment vorhält. Auch die Deutsche Volkspartei kommt bei Scheidemann schlecht weg. Scheidemann schließt mit warmen Worten an Ost- und Westpreußen und Oberschlesien, in dem er sie zur Unabhängigkeit an die alte Heimat aufruft.

Ihm folgt Ledebour, der sich in anderer Weise dicker Rede vor fast leerem Hause über den Rapp-Buch und sämtliche „Fälle“, die dem eisernten Bestand des Repertoires der Unabhängigen zu entnehmen sind, verbreitet. In der Regierungserklärung kündigt er die Absicht, einen Abbau der Zwangswirtschaft herbeizuführen. Eine Verschärfung des Klassenkampfes sei insbesondere durch den Strukturabbau, wie er gegenwärtig Arbeiter und Angestellten gebandelt würde, erfolgt. Schließlich wendet er sich in scharfen Worten gegen Scheidemann, den die Reichssozialisten fallen lassen wollten, wie sie sich auch von Noke und seine Freigewandtheit hält.

Nach kurzen Feststellungen des Reichswehrministers erhält der Deutschnationale Abg. Herat das Wort, der die Verhandlungen vor der Regierungsbildung einer scharfen Kritik unterzog, sich aber auf den Worten der Verfassung stellte. Nach seiner Erklärung stehen die Deutschnationalen vorläufig Gerecht bei Fuß.

Reichsminister des Auswärtigen Simon sagt dar, daß die französische Note am 25. Juni eingegangen und von ihm am 26. Juni bei seinem Amtsantritt vorgelesen wurde. Die mit der Bildung des Kabinetts und dem Entwurf des Programms verbundenen Arbeiten hätten die Berücksichtigung verzögert, die man erwarten werde.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr nachm.: Interpellationen und Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. — Schluß 1/7 Uhr.

Die Vertrauensfrage.

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß über die Vertrauensfrage voraussichtlich nur indirekt abgestimmt werden wird. Die Unabhängigen werden einen Mißtrauensantrag einbringen, gegen den alle anderen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten stimmen werden. Auf diese Weise ergibt sich, daß die überwältigende Mehrheit des Hauses der Regierung nicht mißtrauisch gegenübersteht.

Zur Tagesgeschichte.

Ein süddeutscher Großstaat?

Wie das „V. Z.“ aus Karlsruhe erfährt, haben die Verhandlungen zwischen Württemberg und Baden wegen der Vereinigung beider Länder noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. In Baden steht man einer solchen Vereinigung ablehnend gegenüber und hat auch die württembergische Regierung darüber nicht in Unkenntnis gelassen. Von württembergischer Seite wird nun auch eine Einziehung von Hohenzollern, Sigmaringen und der bairischen Pfalz erstrebt und damit die Gründung eines süddeutschen Großstaates.

Eberts Kandidatur.

Aus parlamentarischen Kreisen wird berichtet: Eine Darstellung des „Vorwärts“ entnimmt die Presse im allgemeinen, daß die Sozialdemokraten - darauf bestanden, Ebert bei der Wahl des Reichspräsidenten wieder zuzulassen. Ein Beschluß hierüber liegt weder bei den sozialdemokratischen Parteiausschüssen noch bei der Reichstagsfraktion vor. Es ist aber Tatsache, daß gewisse Einmungen in der Sozialdemokratie darauf drängen, Ebert wieder als Kandidaten aufzustellen. Demgegenüber steht innerhalb der Opposition der Sozialdemokraten die Absicht, daß, falls Ebert wieder aufgestellt werden sollte, die Stimmen für ihn zu verweigern seien. Auf demselben Standpunkt stehen die Unabhängigen, die, um Ebert zu Fall zu bringen, die Parole ausgeben würden, für den aus schließlichsten Kandidaten der Bürgerlichen zu stimmen. Die Aussichten Eberts wären demnach tatsächlich sehr schwach.

Die Umsturzpläne.

Wir haben kürzlich die Enthüllungen über den deutschen Generalstreik gebracht, die der „Bayrische Kurier“ veröffentlichte. Die Berliner „Freiheit“ hat diese Enthüllungen als das Phantasieprodukt eines bezahlten Entwerfers bezeichnet. Interessant ist, daß nunmehr in einer geschlossenen Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in München der Unabhängige Freiburger die Enthüllungen über den Generalstreik vorbehaltlich bestätigen und bedauerte, daß es möglich war, einen so genauen Bericht an die Öffentlichkeit zu bringen, obwohl nur fünfzehn Mitglieder der Kommission angehörten, die dreizehn sorgfältig geübt waren. Freiburger erklärte, er müsse der ganze Plan umgestoßen werden, denn wir haben nicht Lust, in die frisch geöfneten Maschinengewehre zu rennen.

Sparjamkeit.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, wird das Reichsfinanzministerium unter dem Kurs der neuen Regierung unverzüglich strenge Maßnahmen zur Verbilligung der Verwaltungskosten bei den Reichsbehörden ergreifen. Besonders sollen alle die früheren der Propaganda dienenden Institutionen planmäßig abgebaut werden, während die finanziellen Vorkehrungen des Reiches für die Einzelstaaten und Gemeinden verkürzt werden sollen. Der Weg der finanziellen Gesundung soll dazu führen, daß unter Beibehaltung der Organe der Selbstverwaltung die Einzelstaaten und Gemeinden in Zukunft ihren Hauptbedarf selbst bestreiten sollen.

Ein Zwangspensionierungsgesetz.

Wie der „Germania“ zufolge in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die preussische Staatsregierung, mit tunlichster Beschleunigung an die preussische Landesversammlung eine Gesetzesvorlage zu bringen, die ihr in weitgehendem Maße die Zwangspensionierung von älteren Beamten ermöglichen soll. Während nach der bisherigen Rechtslage jeder Beamte für sich bei Erreichung des Alters von 65 Jahren seine Pensionierung verlangen kann, soll jetzt umgekehrt die Regierung jeden Beamten in Pension schieben dürfen, der diese Altersgrenze überschreitet.

Der Reichswirtschaftsrat.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, will die Regierung mit dem Reichswirtschaftsrat gemeinsam die wichtigsten wirtschaftlichen Zeitfragen besprechen und das Schwergewicht der Behandlung der Wirtschaftsprobleme auf ihn legen. Dadurch erhält der Reichswirtschaftsrat die Bedeutung der Ständevertretung und kann daher den wichtigsten Teil zur Entspannung der sozialen Gegensätze beitragen.

Zur Konferenz in Spa.

Wie im Kabinettsrat des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spa voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Auswärtigen und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Simon der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt Geheimrat v. Simon nach Spa reisen wird. Beide Herren hätten den Friedensvertrag bis in seine verborgenen Teile studiert, und insofern werde Deutschland in Spa gut vertreten sein.

Ein Jahrestag.

Einige Zürcher Zeitungen bringen zur ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles pessimistische Kommentare. So schreibt die „Zürcher Ztg.“, heute sei eine Ernüchterung eingetreten. Aus den toten Buchstaben des Vertrages wolle kein Leben sprießen. Die europäische Wirtschaft bringe niemandem zum Bewußtsein, daß durch die Vernichtung des Wirtschaftssystems eines arbeitstüchtigen Volkes der allgemeine Ruin vorbereitet wird. Das Blatt spricht dann von dem Aufbau des Vaterlandes, der aber ein totes Gerippe bleibe, solange die Nachwehen des Krieges im politischen Denken und Handeln, vom wirtschaftlichen und sozialen gar nicht zu reden, nicht in allen Nationen überwunden sind. Nicht steriles Festhalten am Versailler Vertrag könne die Weltwirtschaft und damit alle Vermittlungen für die seelische Gesundung des materiellen Wohls der Völker ins Gleichgewicht bringen, sondern notwendige Neuschöpfung und vernünftige Umbildung.

Die Verhandlungen mit Krassin.

Nach einer Meldung des Hollandsch Nieuws hat die russische Regierung Krassin verständigt, daß die englischen Forderungen nicht bewilligt und die englischen Firmen für den Schaden, den sie durch die Revolution erlitten haben, nicht entschädigt werden können, ebensowenig könnte das beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden. Wenn die englische Regierung auf diese Forderungen bestünde, soll Krassin die Verhandlungen abbrechen und nach Rußland zurückkehren.

Kleine Meldungen.

Berlin. Wie wir von gutinformierter Seite erfahren, wird der Minister des Auswärtigen im Laufe der großen politischen Aussprache bestimmt noch das Wort ergreifen, um über die bevorstehenden Wiedergutmachungsverhandlungen in Spa zu sprechen.

Leipzig. Die durch die Presse gegangene Mitteilung der Projekt Erzberger-Selbstmordnahme am 9. Juli vor dem Reichsgericht, wird hier als unzutreffend bezeichnet. Der Projekt wird vermutlich nach den Gerichtsserien verhandelt.

Mailand. Die Arbeiterkammer versuchte, den Generalstreik aufzulösen: die Arbeiterschaft weigerte sich aber der Bewegung zuzustimmen.

Nassau und Umgebung.

Nassau, 28. Juni.

Sparprämien-Lotterie. Die am 1. Juli in Berlin im Vereinshaus (Oranienstraße 106) stattfindende Auslosung der deutschen Spar-Prämienlotterie bringt zum ersten Male neben der Gewinnziehung mit je 4 Gewinnen a 1 000 000 Mark, je 4 a 500 000, a 300 000 und 30 000 Mark usw. der Tilgungsziehung. In dieser werden, wie wir hören, 40 000 Lose ausgelost, davon 20 000 mit dem Kennwerte zuzüglich der Zinsen, also mit 1050 Mark für das Stück. Die Gewinne werden nicht zur Einkommensteuer herangezogen, unterliegen auch nicht der Kapitalertragsteuer.

Der Kernspreibetrag. Man schreibt uns: Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Kernspreibetragnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Kernspreibetrag (100) Mark für einen Hauptanstoß und 200 Mark für jeden Nebenanstoß aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schreiben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmungen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem mäßigen Ueberzins von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres sogleich bekannt gegeben werden.

Der Steuerabzug. Aus Berlin wird gemeldet, der Reichsfinanzminister sei grundsätzlich bereit, auf die Forderung der Parteien hin den Steuerabzug einer noch einmaligen Prüfung zu unterziehen und den Lohnabzug vorläufig einzustellen. — Diese Meldung ist nach Erkundigungen beim Reichsfinanzministerium nur in ihrem ersten Teil zutreffend. Die Frage des Lohnabzugs für die Einkommensteuer wird einer Prüfung durch einen zu bildenden Reichsausschuß unterzogen werden. Bis zur Erledigung dieser Prüfung bleiben jedoch die bestehenden Vorschriften ohne jede Änderung in Geltung. Es kann keine Rede davon sein, mit der Einstellung des Steuerabzugs die wichtigste Einnahmequelle für die Anteilüberweisung der Länder und Gemeinden zu beseitigen. Davon wird die Frage einer baldigen Erleichterung der erwähnten Bestimmungen für die Teile der Arbeiterschaft, die von Betriebsbeschränkungen betroffen sind, ferner für Kriegervitwen und kriegsreiche Familien, nicht berührt.

Taunuskreis. Am Sonntag, den 11. Juli, unternimmt der Taunuskreis eine Wanderung Ems, Frick, Braubach, anfangs August ist eine Wanderung durch das Dörsbachtal nach Katzenbogen beabsichtigt.

Die Maul- und Klauenseuche ist nunmehr auch in unserer Stadt amtstierärztlich festgestellt worden. Wir weisen auf die in heutiger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung der hiesigen Polizeiverwaltung hin, und empfehlen dringend deren Beachtung.

Schulnachrichten. Herr Hauptlehrer Menges an der Ernst-Born-Schule in Bad Ems ist seinem Antrag entsprechend zum 1. Oktober 1920 in den Ruhestand versetzt. — Die neuerrichtete technische Lehrerin an der öffentlichen Volksschule in Bad Ems ist vom 1. Juli 1920 ab der Lehrerin Fräulein Elisabeth Bisher in Hildesheim übertragen worden.

Spaziergang. Am Sonntag Mittag machten die Kinder, die den Kindergottesdienst besuchten, einen schönen Spaziergang in Begleitung von Herrn Pfarrer Moser und Herrn Pfarrer Pic. Fresenius, den Helfern und Helferinnen. Recht zahlreich hatten sich die Kinder eingefunden und konnten kaum die Zeit abwarten bis es fortging. In Reih und Glied zog die frohe Schar nach dem Alkerkopf. Dort wurde zuerst gerastet, am Waldestrand gelagert und sich an mitgebrachten „Butterbrotchen“ erfrischt. Sehr bald aber war die Hitze vergessen, und die Kinder sammelten sich in verschiedenen Gruppen und stellten sich auf zum Spielen. Recht vergnügt und ungezwungen bewegten sich alle Kinder, und mit Kreisläufen und Singen verlebte die Zeit sehr schnell. Knaben und Mädchen hatten ihre helle Freude, daß ihnen ein solch großer, freier Platz, den die abgemähten Wiesen bildeten, zur Verfügung stand. An Müdigkeit wollte keins der Kinder denken, und sangen dann am Waldestrand sitzend unsere schönen Volkslieder. Frisch und froh klangen die hellen Kinderstimmen, und so trat man singend den Heimweg an, bis man sich an der Mühlstraße verabschiedete. Jedes der anwesenden Kinder war begeistert von dem schön verlebten Nachmittag, und wollen wir hoffen, daß wir gemeinsam noch öfter solch frohe Spaziergänge machen können.

Dienethal. Zum Mitglied des hiesigen Schulvorstandes in Dienethal wurde an Stelle des verstorbenen Wilhelm Pfaff Herr Müller August Pfaff gewählt.

Dieg. (Altterumsfunde.) Auf der Kalksteinfelsengruppe bei Alendiez wurden in den dort befindlichen Höhlen Fundstellen aus der älteren Steinzeit aufgedeckt. Die von Beamten des Nassauischen Landesmuseums vorgenommenen Grabungen förderten viele Steinwerkzeuge und zahlreiche Knochenfunde fossiler Tiere zutage, mit deren Bestimmung man gegenwärtig beschäftigt ist. Die Höhlenpartien dieser Felsengruppe fallen leider in kurzer Zeit der Kalkindustrie zum Opfer.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“. Bei der gestern stattgefundenen Generalversammlung des Turn- und Sportvereins Nassovia, wurde bei Genehmigung der Statuten der Vorschlag der Abänderung des Namens bei § 1, in Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“ mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Einladung

zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am **Sonntag, den 3. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr**, im Rathausaal.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Beratung der unerledigte Positionen aus der letzten Sitzung.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung gebeten.

Nassau, den 29. Juni 1920.

Redenbach,
Stadt-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Montag, den 5. Juli d. Js., vormittags 10 Uhr, anfangend, kommen im hiesigen Stadtwalde Distrikt 6d. Oberes Heiden:

200 Eichenstangen 3. Klasse
505 Eichenstangen 4. Klasse
425 Eichenstangen 5. Klasse
1230 Stück Eichenwellen.

zur Versteigerung. Treffpunkt an der Schule. Auswärtige Bieter werden nicht zugelassen.

Nassau, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat: Hajenclever.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Nachdem nun auch die **Maul- und Klauenseuche** in der Stadt Nassau amtstierärztlich festgestellt worden ist, wird hiermit auf Grund der Bestimmungen in § 17 ff. des Reichs-Viehseuchen-Gesetzes vom 26. 6. 09 und der §§ 161 ff. der Ausführungsbestimmungen des Bundesrates vom Reichs-Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 folgendes angeordnet:

§ 1. Die verseuchte Gemeinde Nassau wird zu einem Sperrbezirk erklärt.

§ 2. 1. Die verseuchten Gehöfte werden gegen den Verkehr mit Tieren und mit solchen Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffs sein können, in folgender Weise abgesperrt:

a) Ueber die Ställe oder sonstigen Standorte der verseuchten Gehöfte, wo Klauenvieh steht, wird die Sperre verhängt (§ 23 Abs. 1, 4 des Viehseuchengesetzes vom 29. Juni 1909 R.-G.-Bl. S. 519). Befindet sich das Vieh auf der Weide, so ist die Aufstallung vorzunehmen.

b) Die Verwendung der auf den Gehöften befindlichen Pferde und sonstigen Einhufer, außerhalb der gesperrten Gehöfte ist gestattet, jedoch, insofern ihre Tiere in gesperrten Ställen untergebracht sind, nur unter der Bedingung, daß ihre Hufe vor dem Verlassen der Gehöfte desinfiziert werden.

c) Geflügel ist so zu verwahren, daß es die Gehöfte nicht verlassen kann. Für Tauben gilt dies insoweit, als die örtlichen Verhältnisse die Verwahrung ermöglichen.

d) Fremdes Klauenvieh ist von den Gehöften fernzuhalten.

e) Das Weggeben von Milch aus den Gehöften ist verboten. Die Abgabe ist zulässig, wenn eine vorherige Abkochung oder eine andere ausreichende Erhitzung (§ 28 Abs. 1 B.-A.-B.-G.) stattgefunden hat.

f) Die Entfernung des Düngers aus den verseuchten Ställen und die Abfuhr von Dünger und Jauche von Klauenvieh aus den verseuchten Gehöften dürfen nur nach den Vorschriften des § 19 Abs. 3, 4, Anlage A zu B.-A.-B.-G. für das Desinfektionsverfahren erfolgen.

g) Futter- und Streuvorräte dürfen für die Dauer der Seuche nur mit Erlaubnis des Herrn Landrats und nur insoweit aus den Gehöften ausgeführt werden, als sie nachweislich nach dem Orte ihrer Lagerung und der Art des Transportes Träger des Ansteckungsstoffes nicht sein können.

h) Gerätschaften, Fahrzeuge, Behälter und sonstige Gegenstände müssen, soweit sie mit den kranken oder verdächtigen Tieren oder deren Abgängen in Berührung gekommen sind, desinfiziert werden, bevor sie aus den Gehöften herausgebracht werden. Milchtransportgefäße sind nach ihrer Entleerung zu desinfizieren (§ 154 Abs. 1 c, § 168 Abs. 1 e B.-A.-B.-G.).

i) Wolle darf nur in festen Säcken verpackt, aus den Gehöften ausgeführt werden.

k) Von gefallenem Seuchenkranken oder der Seuche verdächtigen Tieren sind die veränderten Teile einschließlich der Unterfüße samt Haut bis zum Fesselgelenke, des Schlundes, Magens und Darmkanals samt Inhalt, sowie des Kopfes und der Zunge ungeschädlich zu beseitigen. Häute und Hörner sind nach § 160 Abs. 4 B.-A.-B.-G. zu behandeln.

2. Die Stallgänge der verseuchten Ställe der Gehöfte, die Plätze vor den Türen dieser Ställe und vor den Eingängen der Gehöfte, die Wege an den Ställen und den zugehörigen Hofräumen sowie die etwaigen Abflüsse aus den Dungklaten oder Jauchehältern sind täglich mindestens einmal mit dünner Kalkmilch zu überstreuen.

3. Die abgesperrten Ställe (Ständorte) dürfen abgesehen von Notfällen, ohne ortspolizeiliche Genehmigung nur von den im § 154, Abs. 1 a B.-A.-B.-G. bezeichneten Personen betreten werden. Personen die in abgesperrten Ställen verkehrt haben, dürfen erst nach vorchriftsmäßiger Desinfektion das Seuchengehöft verlassen.

4. Zur Wartung des Klauenviehs in den Gehöften dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Berührung kommen.

5. Das Abhalten von Veranstaltungen in den Seuchengehöften, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen im Gefolge haben, ist vor erfolgter Schlupfdesinfektion (§ 175 B.-A.-B.-G.) verboten.

§ 2. An den Haupteingängen der Seuchengehöfte und an den Eingängen der Ställe oder sonstigen Standorten, wo sich seuchenkrankes oder Seuche verdächtiges Klauenvieh befindet, sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Maul- und Klauenseuche“ leicht sichtbar anzubringen.

In dringlichen Fällen kann die Benutzung der Tiere zum Zuge, sowie der Weidegang durch die Ortspolizeibehörde gestattet werden.

§ 3. Für den Sperrbezirk gelten folgende Beschränkungen:

a) **Sämtliche Hunde sind festzulegen.** Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Ziehunden die feste Anspannung gleich zu erachten. Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine wird jedoch gestattet.

b) Schlachtern, Viehkaufleuten sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbmäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten. In besonders dringlichen Fällen kann die Ortspolizeibehörde Ausnahme zulassen.

c) Dünger und Jauche von Kleinvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit ortsüblicher Erlaubnis unter den polizeilich anzuordnenden Vorkehrungsmaßnahmen ausgeführt werden.

d) Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk sowie das Durchtreiben von solchem Vieh durch den Bezirk ist verboten. Dem Durchtreiben von Klauenvieh ist das Durchfahren mit Wiederkauegerätschaften gleichzustellen. Die Einfuhr von Klauenvieh zur sofortigen Schlachtung kann unter der Bedingung gestattet werden, daß die Einfuhr zu Wagen erfolgt. Die Einfuhr von Klauenvieh zu Kuh- oder Zuchtzwecken ist nur im Falle eines besonders dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten zulässig.

§ 4. 1. Die Ställe oder sonstigen Standorte der kranken oder verdächtigen Tiere sind zu desinfizieren, die Ausrüstungs-, Gebrauchs- sowie sonstigen Gegenstände, von denen anzunehmen ist, daß sie den Ansteckungsstoff enthalten (§ 13 Abs. 4 bis 6 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren) sind zu desinfizieren oder ungeschädlich zu beseitigen. Ferner ist eine Desinfektion der durchgekauften oder sonstigen Tiere, die im Seuchestall untergebracht waren, vorzunehmen. Der beamtete Tierarzt hat die Desinfektion abzunehmen.

2. Auch die Personen, die mit den kranken oder verdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind, haben sich zu desinfizieren.

3. Von der Desinfektion kann abgesehen werden:

a) wenn es sich nur um der Ansteckung verdächtiges Klauenvieh in seuchenfreien Gehöften handelt;

b) für Ställe in Seuchengehöften, in denen nur der Ansteckung verdächtiges Klauenvieh gestanden hat, sofern dieses nach Ablauf der im § 176 unter b B.-A.-B.-G. angeordneten Frist seuchefrei befunden ist.

§ 5. Die vorstehend angeordneten Schutzmaßnahmen werden nicht eher aufgehoben, bis die Seuche erloschen ist. Die Seuche gilt als erloschen, wenn

a) sämtliches Klauenvieh des Seuchengehofes gefallen, getötet oder entfernt worden ist,

oder
b) binnen drei Wochen nach Beseitigung der kranken oder seuchenverdächtigen Tiere oder nach amtstierärztlicher Feststellung der Abheilung der Krankheit eine Neu-Erkrankung nicht vorgekommen,

und
c) in beiden Fällen die Desinfektion vorchriftsmäßig ausgeführt und durch den beamteten Tierarzt abgenommen ist.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 bis 77 einschließlich des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519).

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Nassau, den 29. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung: Hajenclever.

Bekanntmachung.

An Erhebung der Kurtaxe gemäß Verordnung vom 14. Dezember 1919, sowie an Einzahlung der erhobenen Kurtaxe wird erinnert.

Nassau, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat: Hajenclever.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber werden darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmer vom 25. Juni 1920 ab im Besitz von Steuerkarten sein müssen. Die Steuerkarten werden von den Wohnungsgemeinden der Arbeitnehmer ausgestellt.

Nassau, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat: Hajenclever.

Bekanntmachung.

Nächster Eichtag: Dienstag den 6. Juli 1920.

Nassau, den 28. Juni 1920.

Der Magistrat.

Vergebung von Arbeiten.

Freitag, den 2. Juli, abends 8½ Uhr, werden auf dem **Bürgermeisteramt Bergnassau-Scheuern** nachstehende Arbeiten an der Mühlbach öffentlich an den Wenigstnehmenden vergeben.

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

a) **Distrikt Staffel:**

Uferegestück ca. 19 m lang, 2,00 m hoch, 30 cm stark,
" "

b) **Distrikt Salgau:**

Uferegestück ca. 11 m lang, 1 m hoch, 30 cm stark,
Sohlengestück "

auf der gegenüberliegenden Seite ist die Rampe zu reparieren:

ca. 19 m lang und 1,75 m hoch,

c) **am Sauerbrunnen:**

Uferegestück ca. 31 m lang, 1 m hoch, 30 cm stark.

Bergn.-Scheuern, 29. Juni 1920.

Der Bürgermeister:
Rau.

Nachrichten des Wirtschaftsamt des Stadt Nassau.

Margarine.

In den Geschäften von Johann Egenolf, Adolfer Konsum, A. Trombetta, R. Strauß Ww., Auguste Bach und Konsumverein (Haus J. W. Kuhn) steht Margarine kartentfrei zum Verkauf. Preis pro Pfd. 12 M.

Fleisch.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwurst findet am Samstag, den 3. Juli, in den Metzgereien R. Steuber, P. Hammerstein, J. Lindheimer, L. Neumann Ww. u. Hrd. Paulus statt.

Reis.

In den hiesigen Kolonialwarenhandlungen (mit Ausnahme von Trombetta) ist Reis kartentfrei erhältlich. Preis pro Pfd. 5,70 M.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Vermählung sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.

Carl Weber und Frau

Minna, geb. Pinkenbach.

Scheuern, den 29. Juni 1920.

Für die uns bei unserer Vermählung so zahlreich dargebrachten Glückwünsche u. Geschenke danken herzlichst

Karl Krusmark u. Frau

Minna, geb. Langhammer.

Nassau, 29. Juni 1920.

Zwecks Eröffnung
eines Kinos
wird in Nassau ein

Saal
auf mehrere Jahre zu mieten
gesucht.

A. H. Höfer, Limburg Lahn,
Hansafilm, Postfach 35, Telefon 408.

Moskopf's Tafellessig
Moskopf's Weinessig
empfehlen
Drogerie Trombetta.

Weinkarten-Blanketts
vorrätig in der
Buchdruckerei H. Müller.

Vermischtes.

Die Lehre — und die Tat. Man schreibt uns: Frau Margarethe Vogler, die Gattin des Oberhauptes der Korpsweber-Kommunistengemeinde, ist nicht nur eine überzeugte Kommunistin, sondern offenbar auch eine recht bedeutende Künstlerin. Davon zeugt der Umstand, daß sie unter anderem im Besitze zweier großer goldener Medaillen für Kunst und Wissenschaft, die eine davon vom Großherzog von Oldenburg, und einer silbernen Medaille des Königs von Sachsen ist. Nun hat sie indessen das Unglück gehabt, auf einer Reise ihr Handtäschchen mit diesen Medaillen und einer weiteren goldenen Plakette im Abteil des Zuges liegen zu lassen. Im Wege der Zeitungsanzeige setzte sie nun eine Belohnung von 1000 Mark aus für den Wiederbringer des Täschchens mit Inhalt. Aus diesem Vorgange erhellt dreierlei nämlich: Frau Vogler glaubt als überzeugte Kommunistin so fest an das Gute im Menschen, daß sie sich dem schönen Wahn hingibt, ein „ehrlicher Finder“ werde ihr für 1000 Mark die schon metallisch viel hochwertigeren Medaillen zurückbringen. Das ist die theoretische Seite. Nun die praktische. Frau Vogler ist scheinbar entweder doch nicht Kommunistin genug, um sich von den von Majestäten und Königl. Hohheiten verliehenen Medaillen ohne weiteres trennen zu können. Oder sie ist nicht so tief von ihrer Lehre durchdrungen, um getreu dem Grundsatz „Alles für Alle“ den Besitz des kostbaren Metalls neidlos einem anderen „Menschenbruder“ gönnen zu können.

Die Beliebigkeit der Störche im Volke. Einer unserer beliebtesten besiedelten Sommergäste ist unstreitig der Storch. Wo man sein Nest auf einem Schornstein oder sonstwo antreibt, kann man die größte Rücksichtnahme von Seiten der Eigentümer der betreffenden Gebäulichkeiten beobachten. Es gibt wohl kaum einen Feind dieses Vogels unter den Menschen und jedermann sieht dem Storchenvater gerne zu, wenn er sein Weibchen und dessen Junge mit Nahrung versorgt. Noch mehr aber als bei uns in Deutschland wird er in Holland geschätzt. Man kann ruhig behaupten, dort wird der Storch fast ebenso abgöttisch verehrt wie der Ibis im alten Ägypten. Man erleichtert ihm nicht nur das Bauen seines Nests, auf Schornsteinen und Giebeln, man stellt sogar auf den Wiesen und Feldern hohe Stangen mit Nadeln auf, um ihm den Bau seines Nests recht bequem zu machen. Diese Stangen umgibt man noch mit schönen Spalieren, damit sie das weidende Vieh nicht stoßen und damit die Ruhe des Vogels nicht stören. Es ist kein Fall bekannt, daß ein Holländer einen Storch absichtlich getötet hätte. Die allgemeine Verehrung dieses stolzen Vogels rührt nicht nur von seiner Nützlichkeit für den Landmann her, sondern hauptsächlich auch von der allgemein bekannten Mutterliebe, welche die Storchin ihren Jungen gegenüber zeigt. Es ist vergebens, daß bei dem Brand einer Fabrik auch ein Storchennest und dessen Bewohner in Gefahr kommen mit zu verbrennen. Statt daß aber die Storchmutter ihr Heil in der Flucht gesucht hätte, breitete sie ihre Flügel über die Jungen aus, um lieber zu sterben, als die teure Brut zu verlassen.

Arbeitskleider aus Papier. Die Versuche, die bei uns mit der Herstellung von Kleiderstoffen aus Papier gemacht wurden, haben nicht gerade zur Herstellung beigetragen. Die Stoffe waren zum Teil recht hart, wenig haltbar und gegen Feuchtigkeit außerordentlich empfindlich. In Japan sind Papierkleider etwas ganz alltägliches. In den Großstädten wurden z. B. Regenmäntel aus gebleichtem Papier um wenige Yen (1 Yen war im Frieden 2 Pf. wert) verkauft. Besonders in Arbeiterkreisen sind diese Papierkleider sehr beliebt. Die Antiz, die als Säulenstützen oder Lastarbeiter beschliffen sind, tragen fast ausschließlich Papierhüte und sind mit der Haltbarkeit der Kleidungsstücke ausnehmend zufrieden. Trotz ihres billigen Preises halten die Papierkleider, besonders die aus gebleichtem Papier hergestellten Regenmäntel oft länger als ein Jahr.

Die Zulusaffen. Die sich im allgemeinen nicht gerade des allerbesten Rufes erfreuen, sind unter allen Menschen die besten Springer. Vor allem sind sie viel ausdauernder als andere Affen. Im Dauerlaufe in einer Stunde 12 Kilometer zurückzulegen, bedeutet für die Zulusaffen trotz der tropischen Hitze eine ganz alltägliche Leistung, von der weiter kein Aufhebens gemacht wird. Verschiedene Forscher haben schon bestätigt, daß es einem Zulusaffen, wenn man ihm eine entsprechende Belohnung verspricht, ein Taschentuch zum Beispiel oder ähnliches, was sein Herz begehrt, gar nicht darauf ankommt, weite Strecken als Schnellläufer zurückzulegen. Es ist schon vorgekommen, daß Affen aus einer 40 Kilometer entfernten Hütte einen Gegenstand binnen 6 Stunden holten, das heißt also den Weg von zweimal 40 Kilometer, also 80 Kilometer in einem Zeitraum von 6 Stunden bewältigten.

Sorgfältige Gepäcksicherung. Nicht immer ist, wie das Publikum oft glaubt, der Verlust eines Gepäcksstückes auf Diebstahl zurückzuführen. Sehr oft trägt der Affender die Schuld an einer Verschleppung und schließlich an dem Verlust selbst, wenn er das Gepäckstück nicht durch Angabe der Adresse des Reisenden sowie der Adresse und Bestimmung so fest und deutlich äußerlich gekennzeichnet hat, daß es seinen richtigen Weg bei der Eisenbahn gehen muß. Für die Sicherung der Gepäcksstücke eignen sich am besten Signierfäden aus Blech, Leder, dicke Pappe oder Holz, die nicht abreißen können, zumal wenn sie mit gelbem Draht oder gutem Bindfaden fest angehängt sind. Die gleichen Angaben über Adresse, Abgangs- und Bestimmungsstation sollten auch im Innern des Gepäcksstückes durch Einlegen eines Zettels erkennbar gemacht werden. Alle Beschriftungen müssen vor jeder Reise sorgfältig entfernt werden, weil sie leicht zur Verschleppung Anlaß geben. Wenn jeder vor Beginn einer Reise diese Grundregeln sich überlegen und befolgen würde, so würde er eine große Sicherheit für die Wiedererlangung seines Gepäcks haben und sich und der Eisenbahn viel Mühe und Schaden ersparen.

Lösung von Fahrkarten. Um lauges Warten an den Fahrkartenschaltern, unter Umständen ein Zurückbleiben zu vermeiden, empfiehlt es sich, Fahrkarten für die Sonn- und Festtage bereits am vorhergehenden Wochentage in Stunden, wo kein starker Verkehr ist und die Schalter leer sind zu lösen. Außerdem dient zur raschen Abfertigung an den Schaltern, wenn abgezähltes Geld, jedenfalls aber Kleingeld, zur Zahlung gegeben wird.

Nur 10 Pf. Porto. Unsere Leser möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die hohen Portogebühren zwingen, das Drucksachen-Porto auszunutzen. Jede Glückwunsch-, Geburstags-, Namenstags-, Oster-, Pfingst-, Weihnacht- und Neujahrskarte kann, wenn sie einen Portobrief für die betreffende Gelegenheit trägt, und man nur den Namen, das Datum und den Ort beifügt, als

Drucksache für 10 Pf. Porto in Deutschland, nach dem Auslande für 20 Pf. verandt werden.

Benzinschiebungen. Nach einer Meldung des „N. Z. A.“ aus Bochum sind auf der Heide „Rentrum“ bei Wattencheid große Benzinschiebungen aufgedeckt worden. Eine Anzahl Beamte, zum Teil in höheren Stellungen wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.

Verhaftete Diebe. Die Berliner Polizei verhaftete vier wegen Diebstahl Verdächtige, die einem Juwelenhändler 214 Perlen, die aus dem Diebstahl bei der Ueberhebung des ehemaligen österreichischen Vizekonsuls in Madrid, Brinzen zu Fürstberg, herührten, zum Verkauf anboten.

Das verlockende Gierangebot. In vielen deutschen Zeitungen erschien den letzten Wochen ein Inserat, in dem ein Herr Wilhelm Schulze in Demmin (Pommern) 200 kräftiger verräppte frische Landeier zum Preis von 232 Mark anbot. Leute, die eifrig und etwas unvorsorglich das Geld einbrachten, erhielten — nichts! Es hat sich herausgestellt, daß Herr Schulze ein Schwindler ist, bei dem letztendlicherweise 70 bis 80 000 Mark auf diese Weise eingegangen waren. Für manche Gierliebhaber konnte das Geld gerade noch auf der Post in Demmin festgehalten werden.

Großfeuer. In Kewro ist ein heftiger Brand ausgebrochen. 200 Häuser wurden zerstört.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der englische Geschäftsträger hat dem Auswärtigen Amt offiziell mitgeteilt, daß die Konferenz von Spa auf den 5. Juli angesetzt worden ist.

Haag. Die aus London eintreffenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Aufstandsbewegung in Irland weitere Kreise zieht. Die Blätter bringen alarmierende Berichte über die letzten Kämpfe zwischen den irischen Nationalisten und englischen Truppen.

Paris. Nach dem Echo de Paris wird der neuernannte französische Vizekonsul in Berlin, Charles Laurent, seinen Posten schon vor dem 1. Juli antreten.

London. Der feinerzeit zwischen den Franzosen und Russen abgehandelte Waffenstillstand ist abgelaufen. Die Nationalisten haben die Feindlichkeiten wieder aufgenommen und einen heftigen Angriff auf die Stadt Mersina eingeleitet.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	101,40	101,40
3 1/2	do.	94,50	—
3 1/2	do.	92, —	—
3	do.	80,50	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	100,75	100,75
3 1/2	do.	90, —	90, —
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,50	98,59
3 1/2	do.	86, —	—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	73,25	73,25
3 1/2	do.	65,80	65,80
3	do.	63,75	63,75
Devisen			
	Frankreich	205	306
	Holland	1316	1319
	Schweiz	67 1/2	67 3/4
	Schweden	804	808

Leibniz Cakes

CAKES-FABRIK, HANNOVER.

in verschiedenen Tet-Packungen eingetroffen.

August Hermani, Nassau

Confituren-Spezialgeschäft.

L. J. Kirchberger,

Bankgeschäft

Bad Ems,

Nassauer Hof.

Ausführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.

Eröffnung verzinslicher Scheckkonten

L. J. Kirchberger.

Fleischverorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:

Samstag, von 9 Uhr vormittags ab.

Bergn.-Scheuern, 29. Juni 1920.

Der Bürgermeister:
Nau.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit herzlichen Dank.

Chr. Herbel und Frau.

Marie, geb. Riehl.

Nassau, den 28. Juni 1920.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, insbesondere Herrn Pfarrer Moser für die trostreichen Worte am Grabe sowie Schwester Lydia für die aufopfernde Pflege, sagen wir unsern besten Dank.

Martin Schiller.

Nassau, den 28. Juni 1920.

Nordhäuser u. Gießener Kautabak

(aus den Fabriken Grimm & Triepel-Nordhausen u. Georg Ph. Gail-Gießen).

dicke, mittel u. dünne Röllchen, Stck. Mk. 2,25, zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,

Mauerstraße, und in der

Filiale i. Geschäftslokale Ad. Degenhardt jr.,

Kettenbrückstraße.

Für Wiederverkäufer bedeutend billiger.

Beim Einkauf verlange man Nordhäuser oder Gießener.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlengasse 7

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte

Teilzahlung ohne Preiserhöhung gestattet

Teilausstellung in Nassau a. d. R. bei:

Tapeziermeister Carl Peholdt

Wir suchen
einige intelligente Arbeiter
zum Anlernen an Mutterpressen.
Twer & Cie, Nassau.

Bonbons u. Pralinen

in grosser Auswahl

August Hermani

Schokoladen-u. Confitüren-Spezialgeschäft

Tüchtiges Mädchen

für alle Hausarbeit gesucht.

St. Castormühle bei Dausenau.

Rhabarber und Kopfsalat

hat abzugeben.

Frau Georg Müller.

Johannisbeeren

abzugeben.

Obernhoferstraße 28 II.

Schöne

Wolfschäferhündin

zu verkaufen.

Lüdk, Scheuern.

Eugen Sundheimer,

Uhrmacher,

Dausenau

Reparaturen

an Uhren aller Art.

Klavierstimmen

übernimmt

E. Mand, Coblenz,

Schlossstrasse 36.